

Finanzantrag: AG Privatisierung an den Attac Ratschlag 2.-4. November 2012 in Köln

Projekt: Aktivitäten der bundesweiten AG Privatisierung im Jahr 2013

Hiermit beantragen wir für die AG Privatisierung neben dem regulären Gruppenetat von 1.000 € eine zusätzliche Summe von 3.000 € zur Durchführung einer Kampagne für eine Gesetzesänderung im Bezug auf die Privatisierungspolitik in Deutschland.

Begründung:

Wer? Die bundesweite AG Privatisierung, in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB). Gespräche mit ver.di über eine mögliche Zusammenarbeit sind gerade am Laufen. Das Web-Portal Abgeordneten Watch wird für einzelne Projektphasen angefragt bzw. als Dienstleister herangezogen (siehe unten).

Was?

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2013 fordern wir: kein zweites PPP-Beschleunigungsgesetz in der letzten Sitzung der Legislaturperiode, stattdessen ein Gemeinwohl-Förderungsgesetz in den ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode!

Warum?

Das 1. PPP-Beschleunigungsgesetz wurde schon einmal in den letzten Sitzungen der Legislaturperiode kurz vor knapp im Parlament „durchgeschleust“, nämlich 2005 unter der Rot-Grünen Koalition. Ein PPP-Fördergesetz mit dem Erlass der Mehrwertsteuer für Private in PPP-Projekten scheiterte 2009 knapp in den letzten Tagen der rot-schwarzen Koalition. In den letzten Tagen der CDU-FDP-Koalition besteht nun wieder die große Gefahr, dass die Abgeordneten der regierenden Parteien kurz vor dem Aus noch ihr Klientel bedienen wollen und versuchen werden, das 2. PPP-Beschleunigungsgesetz in aller Eile und mit großem Druck zu verabschieden. Damit genau das nicht passiert, wollen wir Öffentlichkeit schaffen und die Abgeordneten davon abhalten, ein solches Gesetz durchzusetzen.

Gleichzeitig werden wir die Abgeordneten auffordern, in den ersten Sitzungen des neuen Parlaments ein Gemeinwohl-Förderungsgesetz zu verabschieden. Inhaltlich geht es darin um den dauerhaften Schutz der Gemeingüter, verbunden mit der Abschaffung der PPP-Förderungsmaßnahmen und dem Stopp aller PPP-Projekte und -Vorhaben.

Welchen Nutzen hat das?

1. Wir wollen mit dieser Kampagne die Privatisierungsaktivitäten der Bundesrepublik anhalten.
2. Ziel unserer Aktivitäten ist es, zu einer Änderung des öffentlichen Diskurses und zu einem Paradigmenwechsel beizutragen (Privatisierung vs. Rekommunalisierung und bessere Ausstattung der öffentlichen Hand).
3. Der konkrete Vorschlag von Gesetzesänderungen in Richtung Gemeinwohl-Förderung ermöglicht Aktiven vor Ort, „ihre Abgeordneten“ zu einem Bekenntnis für die Daseinsvorsorge und gegen Privatisierung zu bewegen.

Aktivitäten

Aktivitäten im Jahr 2013	Beitrag der AG Privatisierung
1. bundesweites Planungstreffen und 3 Arbeitstreffen (1. am Anfang, drei weitere im Laufe der Kampagne: März, Mai und August)	1000,- € (insg. 5.000, vor allem für Reisekosten, Raummiete und Honorar für Kampagnenplanung)
Briefe an alle KommunalpolitikerInnen mit Informationen über die Kampagne und mit der Handreichung PPP	200,- € (insg. 10.000,- €)

Pressekonferenzen und Veranstaltungen: <ol style="list-style-type: none"> 1) Pressekonferenz im Dezember 2012 zum Zeitpunkt der Verabschiedung des 4. Privatisierungspakets in Brüssel 2) Veranstaltung mit VertreterInnen der Rechnungshöfe und Ver.di zur Auswertung der finanziellen Folgen von PPP (im Frühjahr). 3) Eine öffentliche Telefonkonferenz für JournalistInnen mit den Mitgliedern der Bundestagsausschüsse für Finanzen und Verkehr (Ende August). Schriftliche Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Kampagnen-Webseite. 	1) 400,- € (insg. 2000 €, inkl. Koordinationsarbeit) 2) 400,- € (insg. 2000 €, inkl. Koordinationsarbeit) 3) 200,- € (insg. 1000 €, inkl. Koordinationsarbeit)
Weitere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: <ol style="list-style-type: none"> 1) 10 Infomails zu den laufenden Aktivitäten (1/Monat + 1 extra nach den Wahlen). 2) Mind. 10 Artikel für Blogs und Presse. 3) In Zusammenarbeit mit Abgeordneten Watch werden den KandidatInnen für die Bundestagswahl Fragen zum Thema PPP gestellt. Ihre Positionen werden auf der Kampagnen-Webseite der Öffentlichkeit präsentiert. 	1) 500,- € (insg. 2000 € für Honorare für Texte, Layout) 2) 200,- € (insg. 2000 € für Honorare) 3) 100,- € (insg. 800 €, für die Anfrage bei Abgeordneten Watch, für Webpflege und Bearbeitung der laufenden Anfragen, Kommentare)
Infovideo zu PPP und dem PPP-Beschleunigungsgesetz.	600,- € (insg. 6000,- € für Konzept, inhaltliche Arbeit und Produktion)
Büro und Telekommunikationskosten (Anteil für die AG-Privatisierung)	400,- € (insg. 4000,- €)
	Gesamt: 4000,- (insg. 34.800,- €)

Die Kampagne wird hauptsächlich von GiB finanziert, die Beteiligung von ver.di wird aktuell verhandelt. Weitere Anträge für Drittmittel an Stiftungen und andere Förderer werden laufend gestellt.

Kontakt für Rückfragen: Laura Valentukeviciute, info@ppp-irrweg.de

Mit freundlichen Grüßen,

Aktive der AG Privatisierung